

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 16.09.2003

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:10 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Barbara Scheller	SPD
Frau Sabine Wolff	HAL
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF

Entschuldigt fehlen:

Herr Armin Voß	SPD
Frau Isa Weiß	CDU
Herr Friedemann Scholze	FDP

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Protokoll:

Die Verwaltung regte an, den geplanten

TOP 18 – Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003 – Vorlage III/2003/03498

von der Tagesordnung zu nehmen, da der Rechnungsprüfungsausschuss seine Beratungen zur Vorlage noch nicht abgeschlossen hat.

Herr Misch widersprach der Aufnahme von Tonaufnahmen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt die geänderte Tagesordnung.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.08.2003
4. Feststellung Jahresabschluss 2002 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt GmbH
Vorlage: III/2003/03550
5. Feststellung Jahresabschluss 2002 der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH
Vorlage: III/2003/03565
6. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: III/2003/03567
7. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau
Vorlage: III/2003/03568
8. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH
Vorlage: III/2003/03582
9. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: III/2003/03587
10. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: III/2003/03571

11. Feststellung Jahresabschluss 2002 der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH
Vorlage: III/2003/03593
12. Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2002 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/3560
13. Nachtragswirtschaftsplan des Jahres 2003 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/03562
14. Wirtschaftsplan des Jahres 2004 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/03561
15. Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2002 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: III/2003/03570
16. Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2004
Vorlage: III/2003/03576
17. Aufhebung der Haushaltssperre für die H-H-Stelle 1.3301.655000
Vorlage: III/2003/03541
18. Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003
Vorlage: III/2003/03498 – vertagt!!!
19. Übernahme einer Strahlenquelle von der MIDEWA in Schafstädt
Vorlage: III/2003/03549
20. Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 25.06.2003 - Finanzierungskonzept zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an dem Bewerberkonzept der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 für die zweite Bewerbungsphase (April 2003 - Juli 2005) Vorlage Nr.: III/2003/0
21. Erhebung von Beiträgen nach KAG LSA für Straßenbaumaßnahmen der Jahre 1991 - 1999 in der Stadt Halle (Saale) Vorlage Nr.: III/2003/03306
22. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 22.1. Antrag der CDU-Fraktion auf Aufhebung des Ratsbeschlusses Nr: III/2002/02753 vom 20.11.2002
Vorlage Nr. III/2003/03389
 - 22.2. Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion - zum Gewerbesteuerhebesatz
Vorlage: III/2003/03396
 - 22.3. Antrag des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zur Neuordnung des Zentralen Gebäudemanagements der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2003/03406
23. Anfragen von Stadträten

- 24. Beantwortung von Anfragen
- 25. Mitteilungen
- 26. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.08.2003

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung vom 19.08.2003 wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

zu 4 Feststellung Jahresabschluss 2002 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt GmbH Vorlage: III/2003/03550

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2002 wird in der von der Deutschen Baurevision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am

13.05.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	1.480.161,43 €
Die Bilanzsumme beträgt	371.755.946,19 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.480.161,43 € ist aus der Sonderrücklage zu entnehmen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2002 entlastet

**zu 5 Feststellung Jahresabschluss 2002 der "Akazienhof" gemeinnützige
Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH
Vorlage: III/2003/03565**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin bzw. der von ihr gemäß § 119 Abs. 1 Satz 1 GO LSA beauftragte Vertreter wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG geprüfte und am 11.04.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2002 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	271.985,77 €.
Die Bilanzsumme beträgt	29.761.387,68 €.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 271.985,77 € wird in die Bilanzposition "andere Gewinnrücklagen" gemäß § 272 Abs. 3 Handelsgesetzbuch eingestellt. Steuerlich wird der Jahresüberschuss in Höhe von 235 T € dem nutzungsgebundenen Kapital zugeführt. Der verbleibende Teil in Höhe von 37 T € wird gemäß § 58 Nr. 7a Abgabenordnung in die freie Rücklage eingestellt.

**zu 6 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Halleschen
Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: III/2003/03567**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Dr. Wahlen und Herr Funke.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2002 wird in der von der Deutschen Baurevision AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 26.05.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	1.278.846,25 €.
Die Bilanzsumme beträgt	574.583.714,30 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.278.846,25 € wird durch Entnahme aus der Sonderrücklage ausgeglichen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2002 entlastet.

**zu 7 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Abfallwirtschaft GmbH Halle-
Lochau - Vorlage: III/2003/03568**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 28.03.2003 mit einem eingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2002 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	4.578,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	93.990.082,18 €.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 4.578,00 € ist mit dem Verlustvortrag von 3.433.349,40 € zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Der Aufsichtsrat wird für das Jahr 2002 entlastet.

zu 8 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH Vorlage: III/2003/03582

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 22.07.2003 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2002 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 30.05.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €.
Die Bilanzsumme beträgt	3.069.371,02 €.

2. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2002 entlastet.

zu 9 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Bio-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: III/2003/03587

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 16.06.2003:

1. Der vom Geschäftsführer der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2002 wird in der von der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatersozietät Kapphan und Kollegen geprüften und am 21.05.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	8.340.055,50 €
Die Bilanzsumme beträgt	15.902.403,16 €

2. Der Jahresüberschuss von 8.340.055,50 € wird in Höhe von 400.000,00 € in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt. Der verbleibende Betrag in Höhe von 7.940.055,50 € wird nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 7.841.694,08 € in Höhe von 98.361,42 € auf neue Rechnung vorgetragen.

zu 10 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Technologie- und
Gründerzentrum Halle GmbH - Vorlage: III/2003/03571

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 16.06.2003:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2002 wird in der von der Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatersozietät Kapphan und Kollegen geprüften und am 21.05.2003 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	353.613,05 €.
Die Bilanzsumme beträgt	22.147.597,46 €.

2. Der Jahresüberschuss von 353.613,05 € wird in Höhe von 298.000,00 € in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt. Der verbleibende Betrag in Höhe von 55.613,05 € wird nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 16.072,59 € in Höhe von 39.540,46 € auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2002 entlastet.

**zu 11 Feststellung Jahresabschluss 2002 der Städtisches Krankenhaus
Martha-Maria Halle-Dörlau gGmbH
Vorlage: III/2003/03593**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dörlau gGmbH vom 18.07.2003 zu folgendem Beschluss:

1. Der von der Geschäftsführung der Städtisches Krankenhaus Martha-Maria Halle-Dölau gGmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Deutsche Warentreuhand AG geprüfte und am 03.07.2003 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2002 wird festgestellt.

Der Bilanzgewinn beträgt 115.932,07 €.
Die Bilanzsumme beträgt 105.566.543,44 €.

2. Der Bilanzgewinn in Höhe von 115.932,07 € wird in die Betriebsmittelrücklage gemäß § 58 Abs. 6 Abgabenordnung eingestellt.
3. Der Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2002 entlastet.

**zu 12 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2002 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/3560**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für das PKH für das Wirtschaftsjahr 2002 wird festgestellt.
2. Der Leitung des PKH wird für das Wirtschaftsjahr 2002 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Überschuss von 831,79 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

**zu 13 Nachtragswirtschaftsplan des Jahres 2003 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/03562**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 der Betriebssatzung der Stadt Halle (Saale), für den Eigenbetrieb „Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale)“ den Nachtragswirtschaftsplan für das Jahr 2003.

**zu 14 Wirtschaftsplan des Jahres 2004 des Psychiatrischen Krankenhauses Halle (Saale)
Vorlage Nr.: III/2003/03561**

Protokoll:

Wortmeldungen wurden nicht gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend § 10 Abs. 2 der Betriebssatzung der Stadt Halle (Saale), für den Eigenbetrieb „Psychiatrisches Krankenhaus Halle (Saale)“ den Wirtschaftsplan für das Jahr 2004.

**zu 15 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2002 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: III/2003/03570**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Godenrath, Herr Misch und Herr Otto.

In der Vorlage ist auf Seite 9 aufgeführt, dass die Sozialhilfeempfänger hauptsächlich in den Bereichen der Stadt für zusätzliche Arbeiten eingesetzt wurden. Vor Beginn der Projekte wurden die Zustimmungen der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer eingeholt. Diesbezüglich bittet Herr Misch um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel Personen wurden in den Projekten eingesetzt?
2. Wie erfolgte die Organisation?
3. Wie viel Objekte bzw. welche Flächen wurden bearbeitet?
4. Welche Position vertritt der Eigenbetrieb für Arbeitsförderung zur Tatsache, dass Fachfirmen für die Entfernung von Graffiti eine entsprechende Zertifizierung benötigen?

(17:05 Frau Krischok kam in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den EfA für das Wirtschaftsjahr 2002 wird festgestellt.
2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2002 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
3. Der Überschuss (nicht verbrauchte Zuschüsse) in Höhe von 245.903,53 € wird in den städtischen Haushalt zurückgeführt.

**zu 16 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt
Halle (Saale) für das Jahr 2004
Vorlage: III/2003/03576**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Godenrath, Herr Misch und Herr Otto.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Jahr 2004 wird bestätigt.

**zu 17 Aufhebung der Haushaltssperre für die H-H-Stelle 1.3301.655000
Vorlage: III/2003/03541**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Wünscher, Frau Wolff, Herr Misch, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Dreizehner, Herr Dr. Marquardt, Herr Funke, Herr Borries und Frau Montag.

Im Ergebnis der Diskussion wurde der Beschluss ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss: Ergänzung!!!

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt die Aufhebung der Haushaltssperre für die Haushaltsstelle 1.3301.655000 in Höhe von 4.200 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, die 4.200 € von der Firma artes zurückzufordern.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.3301.655000 = 4.200 Euro (2003)

**zu 18 Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des
Landesrechnungshofes vom 11. April 2003
Vorlage: III/2003/03498**

Protokoll:

Da noch kein abschließendes Votum im Rechnungsprüfungsausschuss abgegeben wurde, wird die Vorlage vertagt.

**zu 19 Übernahme einer Strahlenquelle von der MIDEWA in Schafstädt
Vorlage: III/2003/03549**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Prof. Dr. Schuh, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Funke und Herr Borries.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat stimmt der Übernahme des Havariebrunnens 01 des ehemaligen Wasserwerkes Schafstädt von der MIDEWA gegen Zahlung eines Betrages von 1,4 Mio. € zu.

zu 20 Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 25.06.2003 - Finanzierungskonzept zur Beteiligung der Stadt Halle (Saale) an dem Bewerberkonzept der Stadt Leipzig um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 für die zweite Bewerbungsphase (April 2003 - Juli 2005) Vorlage Nr.: III/2003/0

Protokoll:

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Godenrath, Frau Wolff, Frau Dr. Wünscher, Herr Dr. Meerheim, Herr Prof. Dr. Schuh Herr Dr. Marquardt, Herr Funke und Herr Schnell.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Wünscher bestätigte Herr Dr. Marquardt, dass die zur Deckung angebotenen Mittel aus der Haushaltsstelle 1.3320.416000 – Konservatorium (Beschäftigungsentgelte und dgl.) garantiert zu keinen Leistungseinschränkungen des Konservatoriums führen.

Abstimmungsergebnis:

Vgl. Einzelabstimmungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss: Änderung!!!

1. Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an der Bildung eines Länderkomitees entsprechend den Beschlüssen des Stadtrates vom 21.08.2002 „Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Leipzig 2012“, Vorlagen-Nr.: III/2002/02566, sowie vom 29.01.2003 „Anteilige Finanzierung der Olympischen und Paralympischen Sommersommerspiele 2012 durch die Stadt Halle (Saale) im Falle einer erfolgreichen Bewerbung der Olympiaregion Leipzig auf internationaler Ebene, für den Zeitraum 2006 bis 2011“, Vorlagen-Nr.: III/2002/02958.

Der dazu notwendige Finanzierungsbeitrag beträgt:

Im Jahre 2003 – 150 T €
2004 – 760 T €
2005 – 760 T €.

Abstimmung:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

2. Für die Kommunikation des Olympia-Themas durch die Stadt Halle (Saale) wird im Jahr 2003 ein Betrag in Höhe von 300 T € eingestellt.

Die geplanten Ausgaben in 2004 in Höhe von 600 T € und in 2005 in Höhe von 300 T € werden zu den entsprechenden Haushaltsplanberatungen bzw. im Dezember 2003 zur Diskussion und Beschlussfassung in den zuständigen Gremien gestellt. (Hinweis: Die Verwaltung sollte in der vorgenannten Diskussion darauf eingehen, für welche Maßnahmen die Mittel in 2003 verausgabt worden sind und wie sich die Sponsoren und das Land in 2003 eingebracht haben.)

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

3. Der notwendige Finanzbetrag für 2003 in Höhe von 450 T € wird als außerplanmäßige Ausgabe mit der Deckung gemäß Anlage 1 der Vorlage beschlossen.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

4. Sofern das Olympische Komitee am 6. Juli 2005 der Stadt Leipzig die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 überträgt, wird sich die Stadt Halle (Saale) an der dann notwendigen Finanzierung entsprechend beteiligen.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Die Leipzig Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH, an der die Stadt Halle (Saale) eine Gesellschaftsbeteiligung hält, wird nach Beschluss des Aufsichtsrates, voraussichtlich zum 30.09.2003 liquidiert. An die Stelle dieser GmbH soll ein Länderkomitee treten, welches die ehemaligen Partnerstädte und weitere Partner zusammenführt. Der Auftrag zur Bildung des Länderkomitees ist erteilt. Der ursprünglich für die Stadt Halle (Saale) vorgesehene Finanzierungsanteil 2003 in Höhe von 550 T € zur Weiterführung der Leipzig Freistaat Sachsen und Partnerstädte GmbH wurde in der Diskussion mit den Leipziger Partnern auf eine Beteiligungssumme am entstehenden Länderkomitee in Höhe von 150 T € für 2003 reduziert.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

**zu 21 Erhebung von Beiträgen nach KAG LSA für Straßenbaumaßnahmen
der Jahre 1991 - 1999 in der Stadt Halle (Saale) Vorlage Nr.:
III/2003/03306**

Protokoll:

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Prof. Dr. Schuh, Herr Misch, Frau Wolff, Herr Godenrath, Herr Funke und Herr Heinz.

Auf Anfrage von Herrn Misch bestätigte Herr Heinz, dass die Straßen, für die Beiträge erhoben werden sollen, nicht sondersatzungsfähig seien. Dies wurde explizit geprüft. Es seien A-typische Fälle und lassen die Anwendung des § 15 der Satzung nicht zu.

Da es unterschiedliche Voten zwischen Vergabeausschuss und Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung gibt, muss die Vorlage im Hauptausschuss beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
6 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

2.

Die Veranlagung der Beiträge für Straßenausbaumaßnahmen, die im Zeitraum vom 20.06.1996 bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Straßenausbaubeitragssatzung begonnen worden sind, erfolgt auf der Grundlage des § 15 der Satzung.

3.

Für jedes dieser vom Punkt 2 erfassten Straßenausbauvorhaben legt der Stadtrat in einer Sondersatzung die Bemessungsgrundlage im Einzelfall fest. Dazu werden gemäß § 15 (1) aus den eingangs dargelegten wichtigen Gründen die in § 4 (2) festgesetzten Anteilsverhältnisse wie folgt verändert:

Nr. 1 und Nr. 2 a bis 2 d, Nr. 6 15 %

Nr. 3 a bis 3 d, Nr. 4, Nr. 5 10 %

Nr. 7 5 %

gemäß § 15 (2) die in § 3 (3) neu bzw. (2) als in den Buchstaben a und c genannten Einrichtungen für diese Vorhaben nicht zu den anrechenbaren beitragsfähigen Kosten gezählt.

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat schnellstmöglich diesbezügliche Satzungsentwürfe vor.

4.

Die Berechnung der beitragsfähigen Kosten erfolgt weiterhin nach Einheitssätzen für jede Straßenkategorie gemäß der Kategorisierung des Straßennetzes (Stand August 2000).

5.

Die gültige Straßenausbaubeitragssatzung vom 22.12.1999 wird wie folgt geändert und rückwirkend zum 22.12.1999 in Kraft gesetzt.

§ 3 erhält folgende Fassung:

- (1) unverändert
- (2) (2) Eine Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes nach Einheitssätzen kann dann erfolgen, wenn dadurch eine wesentliche Senkung des Verwaltungsaufwandes möglich erscheint. Der Baubeschluss legt das für das jeweilige Bauvorhaben heranzuziehende Verfahren fest.
- (3) ehemals (2) unverändert
- (4) ehemals (3) unverändert

6.

Die Verwaltung bringt die Satzungsänderung schnellstmöglichst in den Stadtrat ein.

zu 22 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 22.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Aufhebung des Ratsbeschlusses Nr: III/2002/02753 vom 20.11.2002 Vorlage Nr. III/2003/03389

Protokoll:

Es wurde eine kurze Diskussion geführt.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung verweist den Antrag der CDU-Fraktion auf Aufhebung des Ratsbeschlusses Nr. III/2002/02753 vom 20.11.2002 wegen Unzuständigkeit zurück an den Stadtrat.

zu 22.2 Antrag der Unabhängigen Bürgerfraktion - zum Gewerbesteuerhebesatz Vorlage: III/2003/03396

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Wiedervorlage nach abschließendem Votum durch den Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

**zu 22.3 Antrag des Stadtrates Uwe Heft, PDS, zur Neuordnung des Zentralen Gebäudemanagements der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: III/2003/03406**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Wiedervorlage nach abschließendem Votum des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften.

zu 23 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Vorlage III/2003/03387 betreffend die Autobahnanschlussstelle Halle-Ost

Der Beschluss erfolgte auf Hinweis von Frau Wolff.

Verlustdeckung des Thalia Theaters

Frau Dr. Wünscher bittet zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 21.10.2003 um eine schriftliche Information über die Deckung des Verlustes des Thalia Theaters (Tagung des Eigenbetriebsausschusses 18.09.2003).

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt, dass die Verwaltung gebeten wird, die Vorlage III/2003/03387 betreffend die Autobahnanschlussstelle Halle-Ost im Rahmen des Ausbaus der Bundesautobahn A 14 Magdeburg-Dresden von der Tagesordnung der Stadtratssitzung am 24.09.2003 zu nehmen, da der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung nicht an der Beratung beteiligt worden ist.
2. Die vorgenannte Vorlage ist für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung am 21.10.2003 einzubringen.

zu 24 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Folgende Beantwortungen wurden mit Postausgang 10.09.2003 übersandt:

- Anfrage der Stadträtin Weiß, bezüglich der Höhe der Ausgaben bei der Veranstaltung Turntable Days 2003;
- Anfrage der Stadträtin Krischok, bezüglich der Kosten für die Baumfällung und Nachpflanzaktion sowie dem Zusammenhang zwischen Baumaßnahmen und Straßenbaubeiträgen (Äußere Leipziger Straße);
- Anfrage der Stadträtin Krischok, bezüglich extern vergebener Organisationsuntersuchungen;

zu 25 Mitteilungen

Protokoll:

Herr Funke informierte über die Verfügung der Stadt Halle (Saale) vom 06.09.2003 bezüglich der Ausführung des Haushaltsplanes für 2003 und wies auf die Haushaltssperre hin.

zu 26 Anregungen

Protokoll:

Haushaltsplanberatungen 2004

Herr Dreizehner regte an, die Terminvorschläge für die Haushaltsplanberatungen 2004 an die Mitglieder des Ausschusses zur Stadtratssitzung auszugeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung bestätigt die Sitzungstermine für das Jahr 2004.

26.02.13

Dr. Bodo Meerheim

Martina Beßler